

Manifest des Nationalen Exekutiv-Komitees der britischen Labour-Partei zur europäischen Einheit (Mai 1950)

Legende: Im Juni 1950 veröffentlicht das Nationale Exekutiv-Komitee der britischen Labour-Partei das Manifest European Unity, in dem es die offizielle britische Linie zur Frage der europäischen Einheit darlegt.

Quelle: Labour Party. European unity: a statement by the National Executive Committee of the British Labour Party. London: Labour Party, 1950. 15 p. p. 3-15.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/manifest_des_nationalen_exekutiv_komitees_der_britischen_labour_partei_zur_europaischen_einheit_mai_1950-de-626bf849-obe2-499c-a924-d768c9f05feb.html



Publication date: 05/07/2016

Erklärung des Nationalen Exekutiv-Komitees der britischen Labour-Partei (Mai 1950)

Die Labour-Partei hat sich seit 1945 stets von der festen Überzeugung leiten lassen, dass die Völker Westeuropas eng zusammenarbeiten müssen und dass Großbritannien bei diesem Prozess eine führende Rolle spielen muss. Auf dem Weg zu einer festeren Einheit sind bereits ungeahnte Fortschritte erzielt worden: Der Europarat, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, die Organisationen des Nordatlantikvertrags und des Brüsseler Pakts und mit ihnen eine Vielzahl weiterer Gremien arbeiten beharrlich und erfolgreich an der Aufgabe, das Streben Europas nach Einheit in praktisches Handeln umzusetzen. Mit Stolz blickt die Labour-Partei auf den Beitrag, den die britische Regierung zur Einleitung, Förderung und Lenkung dieser großartigen Bewegung geleistet hat.

Es ist nunmehr ein Punkt erreicht, an dem es wesentlich darauf ankommt, sowohl die Ziele der europäischen Zusammenarbeit als auch die Form der Einheit, die sich aus den Zielen ergeben, eindeutiger zu definieren. Insbesondere muss die Beratende Versammlung des Europarats auf ihrer Zweiten Sitzung im August 1950 darüber nachdenken, welche Änderungen in der politischen Struktur der Mitgliedstaaten gegebenenfalls wünschenswert sind, um eine engere Einheit zu schaffen. Als Leitfaden für ihre eigenen Mitglieder und als Beitrag zur öffentlichen Diskussion möchte die Labour-Partei deshalb ihre eigene Sicht auf diese Materie darlegen.

Die folgende Darstellung unternimmt nicht den Versuch, spezielle Aspekte der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zu behandeln bzw. wird darauf nur insoweit eingehen, wie dies für die zentrale Fragestellung von Relevanz ist: Sollten die Völker der existierenden europäischen Staaten die konstitutionelle Macht, die sie derzeit ausüben, ganz oder teilweise einer überstaatlichen Behörde übertragen? Oder sollte die Einheit – wie bisher – durch die Zusammenarbeit einzelverantwortlicher Regierungen im gegenseitigen Einvernehmen verfolgt werden?

Die Haltung der Labour-Partei zu den Fragen der europäischen Einheit wie auch zu allen anderen Fragen der Innen- und Außenpolitik ist durch die Grundsätze des demokratischen Sozialismus und die Interessen des britischen Volkes als Mitglied des Commonwealth und der Weltgemeinschaft bestimmt.

Die Grundsätze des demokratischen Sozialismus

Sozialisten gehen davon aus, dass eine ungezügelter kapitalistische Wirtschaft nur auf Kosten von Konflikten zwischen Klassen und Nationen funktionieren kann, die im Atomzeitalter das Ende der Zivilisation bedeuten könnten. Auf internationaler nicht minder als auf nationaler Ebene muss die Gesellschaft so organisiert sein, dass sie all ihren Mitgliedern gleiche Chancen bietet und gleiche Pflichten wie Opfer abverlangt. Dieser simple moralische Grundsatz sollte das Fundament allen demokratischen Denkens bilden. Doch lässt er sich nur dann im vollen Maße verwirklichen, wenn die Menschen fähig und willens sind, das Wirken der ökonomischen Kräfte ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Soziale Gerechtigkeit, Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Stabilität sollten zu den Zielen jeder demokratischen Regierung zählen. In einer freien Marktwirtschaft lassen sich diese Ziele jedoch nur verfolgen, wenn der Staat bewusst eingreift, um negative Begleiterscheinungen zu korrigieren und förderliche Tendenzen zu stimulieren. Ohne derartige Eingriffe regelt sich der Markt auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, und die Gesellschaft wird gespalten, was zur Zerstörung der Demokratie führen kann.

Wirtschaftlicher Zusammenbruch und Krieg waren seit jeher die Strafe für das Verfehlen dieser drei Ziele. In der heutigen Zeit wäre ein Misserfolg sogar doppelt gefährlich. Ein großer Teil der Welt unterliegt der Kontrolle von Menschen, die nicht anerkennen wollen, dass Freiheit eine Grundbedingung für jeden Fortschritt ist. Stattdessen behaupten sie, soziale Gerechtigkeit, Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Stabilität seien nur unter einer rigiden Parteienherrschaft über Körper und Geist der Menschen zu gewährleisten. Überall dort, wo es der Demokratie nicht gelungen ist, die genannten Ziele zu erreichen, fällt die kommunistische Lehre auf fruchtbaren Boden. Die kommunistische Doktrin zählt mittlerweile zu den mächtigsten Waffen der expansionistischen Politik des Sowjetstaates. Mit ideologischer Indoktrination bedroht der russische Imperialismus die freie Welt daher ebenso stark wie mit militärischer Aggression.

Der Sozialismus ist somit ein unverzichtbares Rüstzeug im Kampf der Demokratie gegen den Totalitarismus. Die Labour-Partei könnte sich niemals an Verpflichtungen binden, die die eigene Freiheit oder die Freiheit anderer einschränken würde, den demokratischen Sozialismus anzustreben und die dazu erforderlichen wirtschaftlichen Kontrollmechanismen anzuwenden.

Die wirtschaftlichen Probleme Großbritanniens

Die britische Nachkriegswirtschaft weist einige besondere Probleme auf, die noch für geraume Zeit der bewussten Einflussnahme jeder britischen Regierung, ganz gleich welcher Couleur, bedürfen werden. Mehr noch als jede andere europäische Großmacht ist Großbritannien auf den weltweiten Handel angewiesen, der das Land mit den nötigen Rohstoffen und Lebensmitteln versorgt, damit die Bevölkerung zu essen hat und die Schornsteine rauchen. Der Weltkrieg von 1939 bis 1945 kostete Großbritannien nicht nur ein Viertel seines Volksvermögens, sondern zerstörte auch die fein abgestimmte Welthandelsstruktur, auf die sich Großbritannien in der Vergangenheit gestützt hatte. Aus diesem Grund treffen die Nachwehen des Kriegs die britische Wirtschaft weit stärker als jedes andere europäische Land – Westdeutschland vielleicht einmal ausgenommen. Allein die außerordentlichen Erfolge Großbritanniens beim Überwinden der Probleme konnten diesen Fakt bisher bis zu einem gewissen Punkt verbergen. Der Wandel, der unseren angestammten Mustern von Produktion, Handel und Konsum abverlangt wird, ist jedoch zu tief greifend, um dem Spiel unkontrollierter Marktkräfte überlassen zu werden, soll er sich nicht über einen zu langen Zeitraum hinziehen und auf Kosten einer ruinösen politischen Unordnung gehen. Deshalb könnte keine Regierung, welcher politischen Richtung sie auch anhinge, das Land vor dem Bankrott bewahren, ohne sich weiter auf das allgemeine Steuerungs- und Kontrollsystem zu stützen, das die Labour-Regierung in den vergangenen fünf Jahren zur Anwendung gebracht hat.

Commonwealth und Sterling-Raum

Letztendlich kann die Labour-Partei die europäische Einheit nicht als einen allem übergeordneten Selbstzweck ansehen. Großbritannien ist nicht einfach eine kleine, dicht besiedelte Insel vor der Westküste des europäischen Kontinents. Vielmehr ist es das Nervenzentrum eines weltweiten Staatenbundes, des Commonwealth, der sich über sämtliche Kontinente erstreckt. Abgesehen von der räumlichen Entfernung stehen wir Briten unseren Brüdern in Australien und Neuseeland, auf der anderen Seite der Welt also, in jeder Hinsicht näher als Europa. Wir fühlen uns enger verbunden durch Sprache und Herkunft, soziale Gepflogenheiten und Institutionen, politische Ansichten und wirtschaftliche Interessen. Die Volkswirtschaften der Commonwealth-Staaten ergänzen unsere eigene Volkswirtschaft in einem Maße, wie das die Volkswirtschaften Westeuropas niemals könnten. Zudem ist Großbritannien der Währungshüter des Sterling-Raums. Dieser beherbergt das größte multilaterale Handelssystem der Welt, in dem es keine Devisenwirtschaft gibt und sämtliche Geschäfte in einer einheitlichen Währung abgewickelt werden. Wir meinen, dass es für die gesamte Welt von Interesse ist, dieses System zu erhalten und zu schützen. In jedem Fall ist es von lebenswichtigem Interesse für Großbritannien.

Der Labour-Regierung ist es gelungen, vierhundert Millionen britischer Untertanen in Asien zu Freunden und gleichberechtigten Partnern zu machen und damit eine Brücke zwischen Ost und West, zwischen weißen und farbigen Völkern zu bauen. Das Commonwealth stellt heute den Kern einer denkbaren, auf freie Zusammenarbeit gegründeten Weltgesellschaft dar. Wir glauben, dass unser übergreifendes Ziel in der heutigen Zeit darin bestehen muss, alle nichtkommunistischen Völker in einem gemeinsamen System zu vereinen, das sowohl wirtschaftlich stabil als auch politisch sicher ist. Wir brauchen ein solches System, um Frieden und Wohlstand zu erhalten.

Die notwendige Einheit in der gesamten Freien Welt

Westeuropa kann seine wirtschaftlichen oder politischen Probleme nicht isoliert und allein durch eigene Anstrengung lösen. Die Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas hängt von Entwicklungen innerhalb des europäischen Raums ebenso wie von einer abgestimmten Politik Amerikas und von Fortschritten in den unterentwickelten Gebieten der Welt ab. Ebenso wenig liegt die Wahrung des Weltfriedens ausschließlich in der Hand Europas. Sollte es dem Kreml je gelingen, die gegenwärtige, auf eine Vormachtstellung der freien Welt hinauslaufende Entwicklung umzukehren, könnte Europa erneut zum Schlachtfeld werden. Der Kampf um Europa mag somit durchaus in Asien verloren werden.

Doch selbst wenn es die Sowjetunion nicht gäbe, wäre die Einheit der Welt nicht von geringerer Bedeutung. Weltkriege und Wirtschaftskrisen bedrohten den Fortschritt der Menschheit schon vor Jahrhunderten, lange bevor die Bolschewiken 1917 das Winterpalais stürmten. Künftige Generationen mögen durchaus einmal dankbar sein, dass der Kreml uns alle gezwungen hat, eine überlebenswichtige Aufgabe in Angriff zu nehmen, vor der wir ohne dessen Anstoß womöglich zurückgeschreckt wären.

Es war stets unsere Hoffnung, die Welt im Rahmen der Vereinten Nationen zu vereinen, doch hat die Sowjetpolitik die Wirksamkeit der Vereinten Nationen als Instrument für diese Aufgabe vorerst stark geschwächt. Solange Russland glaubt, mehr davon zu profitieren, die weltweite Zusammenarbeit zu behindern, anstatt sich einzubringen, müssen die freien Nationen ihre Ziele ohne Russland verfolgen.

Bei der Vereinigung der gesamten freien Welt müssen die USA eine Hauptrolle spielen. Denn wenn Amerikas strategische, wirtschaftliche und politische Ziele nicht in enger Weise mit denen Europas, Afrikas und Asiens verwoben sind, wird die nichtkommunistische Welt gefährlich geschwächt. Zudem verfügt zurzeit nur Amerika über die notwendigen Ressourcen, um die Herausbildung der Welteinheit in ihrer Frühphase zu unterstützen.

Die sozialistischen Grundsätze der Labour-Partei erfordern somit, den europäischen Einigungsprozess so zu gestalten, dass Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit in Großbritannien erhalten bleiben und beide Vorzüge auch auf das übrige Westeuropa ausgedehnt werden. Aufgrund der wirtschaftlichen Zwangslage Großbritanniens sollte die Zusammenarbeit mit Europa die britische Regierung keinesfalls daran hindern, auch künftig eine weit gehende Kontrolle über die eigene Volkswirtschaft auszuüben. Ein Wandel der britischen Beziehungen zu Westeuropa darf keinesfalls die Position Großbritanniens als Nervenzentrum des Commonwealth und Bankier des Sterling-Raums beeinträchtigen. Eine enge Zusammenarbeit mit Asien und Amerika ist wesentlich für Frieden und Wohlstand in Europa. Solange die Sowjetunion die Vereinten Nationen daran hindert, so zu funktionieren, wie sie es sollten, muss das erste und vordringliche Ziel der britischen Außenpolitik darin bestehen, eine organische Einheit der gesamten nichtkommunistischen Welt herzustellen.

Sinn und Zweck der europäischen Einheit

Zumindest über die unmittelbaren Ziele der westeuropäischen Einheit herrscht im Allgemeinen Konsens. Der Kreml hat Europas Einheit bereits verstümmelt, indem er all den Völkern Osteuropas seine Herrschaft aufgezwungen hat. Unsere Aufgabe ist nicht erfüllt, solange diese Völker nicht in die freie Welt zurückgekehrt sind. Noch fürchten alle europäischen Länder westlich des Eisernen Vorhangs die weitere Ausweitung der Sowjetmacht – sei es durch militärische Aggression oder durch Subversion in ihrer Mitte. Da sich kein westeuropäisches Land stark genug fühlt, die sowjetische Aggression aus eigener Kraft abzuwehren, ist man sich über die Notwendigkeit einig, alle Ressourcen – von der militärischen Stärke über das industrielle Potenzial bis zu den Fähigkeiten jedes Einzelnen – in den Dienst einer gemeinsamen Politik zu stellen.

Zum zweiten haben nach dem jüngsten Krieg die Mehrzahl der westeuropäischen Länder wirtschaftliche Probleme, die vielleicht nicht in dem Ausmaß, aber in ihrer Art vergleichbar mit denen des Vereinigten Königreichs sind. Zum großen Teil hängen solche Probleme damit zusammen, dass die Mittel zur Bezahlung wesentlicher Einfuhrlieferungen aus dem Dollar-Raum fehlen. Für die meisten westeuropäischen Länder geht es daher in unterschiedlichem Maße wie für Großbritannien darum, die herkömmlichen Produktions-, Handels- und Verbrauchsgewohnheiten zu ändern. Jedes Land, das seine Kluft zum Dollar nicht zu überbrücken vermag, wird sich mit Massenarbeitslosigkeit und sinkendem Lebensstandard sowie, als Reaktion darauf, politischer Instabilität konfrontiert sehen, was sich die Sowjetunion rasch zu Nutzen machen wird. Allein schon aus diesem Grund kann es sich kein europäisches Land leisten, die eigenen wirtschaftlichen Probleme auf Kosten eines anderen zu lösen oder aber dem Scheitern eines anderen Landes untätig zuzusehen. Obgleich jedoch eine gegenseitige politische Abhängigkeit zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwingt, kann man nicht erwarten, dass sie Europa als Ganzem überwältigende neue Vorteile verschafft. Die einzelnen Volkswirtschaften Westeuropas funktionieren eher neben- und im direkten Wettbewerb miteinander, als dass sie sich ergänzten. Jede denkbare Spezialisierung hat bereits weitgehend stattgefunden.

Ungeachtet aller anderen Ziele, denen die Einheit Europas letztendlich dienen mag, wird das Überleben Westeuropas in jeglicher Form davon abhängen, wie man sich angesichts der sowjetischen Expansionsbestrebungen solidarisiert und die Kluft zum Dollar in den kommenden Jahren überwinden kann. Die im europäischen Einigungsprozess angewandten Methoden müssen zumindest diesen beiden Erfordernissen für die unmittelbare Zukunft genügen.

Die Form der europäischen Einheit

Nach Ansicht mancher lässt sich die erforderliche Handlungseinheit nicht auf dem Weg der Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten herstellen; vielmehr müsse sie durch ein mit Exekutivgewalt ausgestattetes überstaatliches Gremium erzielt werden. Demzufolge sollten die Länder Europas auf sowohl politischem als auch wirtschaftlichem Feld eine Union bilden, indem sie breite staatliche Belange einer übernationalen Behörde übergeben.

Die Labour-Partei ist der Meinung, dass es unter den gegebenen Umständen weder möglich noch wünschenswert ist, auf diese Weise eine umfassende – politische oder wirtschaftliche – Union zu schaffen. Stattdessen müssen die einzelstaatlichen Politiken durch Zusammenarbeit der Regierungen zunehmend harmonisiert bzw. einvernehmlich aufeinander abgestimmt werden. Ob dieser Prozess schlussendlich zu einer umfassenden Union führen wird oder nicht, lässt sich nicht vorhersehen. Er wird jedoch ausreichen, um die drängenden Probleme der unmittelbaren Zukunft zu lösen.

Die Völker Europas wünschen keine überstaatliche Behörde, die ihnen Vereinbarungen diktiert. Sie benötigen einen internationalen Mechanismus zur Ausführung von Vereinbarungen, die ohne Zwang zustande kommen.

Eine wirtschaftliche oder politische Union?

Es sind mehrere Arten der Union vorstellbar. In jüngerer Zeit gibt es eine starke Begeisterung für eine Wirtschaftsunion, die auf der Abschaffung sämtlicher zwischenstaatlicher Handelsbarrieren wie Zöllen, Devisenkontrollen und mengenmäßigen Beschränkungen aufbaut. Die meisten Befürworter einer solchen Politik sind überzeugt, dass das so ermöglichte freie Spiel der ökonomischen Kräfte auf dem europäischen Markt zu einer besseren Verteilung von Arbeitskräften und Ressourcen führen wird. Die Labour-Partei lehnt diese Theorie grundsätzlich ab. Ungezügelt würden die Marktkräfte nur zu wirtschaftlichen Störungen und politischen Spannungen führen, was Europa dem Kommunismus preisgeben würde.

Der plötzliche Wegfall innereuropäischer Handelsschranken würde in kürzester Frist zu ernsthaften Verwerfungen, Arbeitslosigkeit und Produktionsausfällen führen. Dies würde die Kluft zum Dollar noch weiter vergrößern, wo es doch vornehmlich darauf ankommt, sie zu verringern. Außerdem wären äußerst gefährliche soziale Erschütterungen die Folge. In vielen Teilen Europas würden ganze Industriezweige und ganze Regionen Bankrott gehen und verarmen. Europa ist heute nicht stark genug, um eine Schocktherapie dieser Art zu verkraften – selbst wenn der Nachweis geführt werden könnte, dass es Europa letztendlich zum Nutzen gereichen würde, was jedoch stark umstritten ist. Kommunisten und Faschisten würden von derartigen Unruhen am meisten profitieren, und die Demokratie könnte insbesondere in den Ländern, in denen Totalitarismus herrscht, eines der ersten Opfer werden.

Darüber hinaus sind Vorschläge, die vornehmlich auf eine Steigerung des innereuropäischen Handels hinauslaufen, sehr gefährlich. Das größte wirtschaftliche Problem Europas ist die Kluft zum Dollar-Raum. Der Lösung dieses Problems steht insbesondere die fehlende Bereitschaft privater Händler im Wege, sich an die schwierigen Dollarmärkte heranzuwagen, wenn es so viel einfacher ist, in der eigenen Währungsregion zu verkaufen. Das Hauptargument zugunsten einer Abwertung war, dass sie die relative Anziehungskraft der Dollarmärkte erhöhen werde. Jede weitere Liberalisierung des innereuropäischen Handels dürfte die Vorteile der Devaluation aber allmählich wieder zunichte machen, da es einfacher wird, in Europa zu verkaufen. Eine vollständige Wirtschaftsunion würde zweifellos einen geschützten, durch hohe Kosten geprägten europäischen Markt schaffen und die Lösung des Dollarproblems behindern. Der richtige Kompromiss zwischen diesem Extrem und einer Lähmung des innereuropäischen Handels wäre wahrscheinlich so etwas wie eine Rückkehr zu den 1928 vorherrschenden Gegebenheiten.

Fraglos würden Sozialisten eine europäische Wirtschaftsunion begrüßen, die auf einer internationalen Planung für Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit und Stabilität beruhte. Eine internationale Planung kann jedoch nur auf der Basis nationaler Planung funktionieren. Viele europäische Regierungen haben jedoch bisher weder den Willen noch das Vermögen erkennen lassen, ihre eigene Volkswirtschaft zu planen. In dieser Hinsicht stellt der Vorschlag von Robert Schuman zur Planung der gesamten Stahl- und Kohleressourcen Westeuropas als Ganzes eine entscheidende Herausforderung dar, die die Sozialisten als erste begrüßen.

Tatsache ist, dass eine Wirtschaftsunion ein Maß an Uniformität der nationalen Politik aller Mitgliedstaaten erfordern würde, das derzeit nicht existiert und das es wohl auch in naher Zukunft nicht geben wird. Verwaltungspolitische Traditionen würden einige Länder daran hindern, Methoden des in Großbritannien und Skandinavien praktizierten demokratischen Sozialismus anzuwenden, selbst wenn die Sozialisten in ihren Parlamenten die Mehrheit besäßen. Und selbst unter einer konservativen Regierung könnte sich Großbritannien nicht das in Italien oder Deutschland praktizierte Maß an wirtschaftlichem *Laisser-faire* gestatten. Mittels Planung und Lenkung ist Großbritannien doppelt so weit auf dem Weg zur Schließung seiner Dollarkluft vorangeschritten wie alle Marshallplan-Länder einschließlich Großbritannien zusammen. Vollbeschäftigung und angemessene Beteiligung haben ein Maß der nationalen Einheit geschaffen, wie es das in Großbritannien zu Friedenszeiten noch nie gab. Länder mit geringeren Problemen mögen der Ansicht sein, dass ihnen schon kleinere Erfolge genügen; Großbritannien jedoch nicht. Wir könnten es uns nicht leisten, dass jeder zehnte Arbeiter beschäftigungslos ist, wie in Belgien, Deutschland und Italien. Wir könnten es uns nicht leisten, 22 Millionen Produktionstage allein durch Streiks einzubüßen, wie es 1947 in Frankreich der Fall war.

Darüber hinaus würde unsere Bevölkerung niemals die schamlosen Ungerechtigkeiten einer freien Marktwirtschaft tolerieren, in der Arbeiter im Elend leben, während die Läden randvoll mit für sie unerreichbaren Waren sind, in der Baumaterial und Arbeitskraft auf prächtige Villen und Luxuswohnungen verschwendet werden, während Millionen noch kein Dach über dem Kopf haben. Würde die Konservative Partei in Großbritannien ernsthaft beabsichtigen, die in ihrem Manifest verkündeten sozialen Ziele anzustreben, müsste sie wirtschaftliche Maßnahmen zur Anwendung bringen, die denen der gegenwärtigen Labour-Regierung weit näher kommen als die von den Regierungen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Italiens verfolgten Methoden.

Eine vollständige Wirtschaftsunion Westeuropas ist somit auszuschließen, da sie ein unerreichbares Maß an Gleichschaltung der nationalen Politik der Mitgliedstaaten erfordern würde. Eine auf wirtschaftsliberalem Verhalten basierende Union würde nicht nur die Schließung der Kluft zum Dollar behindern, sondern zugleich zu fatalen politischen Unruhen führen. Wenn eine vollständige Wirtschaftsunion unmöglich ist, muss ergo auch eine vollständige politische Union ausgeschlossen werden.

Ein überstaatliches Parlament?

Schließt man eine umfassende Union aus, stellt sich die Frage, ob es möglich oder wünschenswert ist, in Westeuropa eine Art Vertretungsgremium mit eingeschränkten Funktionen, jedoch reellem Machteinfluss auf die einzelstaatlichen Legislaturen zu schaffen. Sicher ist, dass eine parlamentarische Versammlung nur dann supranationale Befugnisse erhalten könnte, wenn sie auf bestimmte Weise strikt repräsentativ für die europäischen Völker wäre. Ein jegliches Vertretungsgremium dieser Art für Westeuropa wäre anti- bzw. nicht-sozialistisch. In der Beratenden Versammlung selbst ist nur jeder vierte Vertreter Sozialist. Dieser Anteil würde sogar noch weiter sinken, wenn die kommunistische Strömung in einem europäischen Parlament Vertretung fände.

Die Labour-Partei ist überzeugt, dass ihre Politik von Vollbeschäftigung und fairer Beteiligung für den Wiederaufbau Großbritanniens lebenswichtig ist und dass viele Probleme Europas nicht anstünden, würde der gesamte Kontinent die gleiche Politik verfolgen. Der Preis für Wirtschaftsliberalismus sind Klassenkampf und sozialer Aufruhr. Jede Politik, die der Arbeiterklasse die Hauptlast der Opfer abverlangt, wird zur fünften Kolonne des internationalen Kommunismus. Gegenwärtig sind die europäischen Länder,

die eine Politik des demokratischen Sozialismus betreiben, am besten gegen die kommunistische Unterwanderung gefeit. Es wäre geradezu krimineller Leichtsin, die Erfolge dieser Länder durch das Streben nach einer Einheit, deren Hauptzweck die wirtschaftliche und politische Gesundung Europas ist, zunichte zu machen. Keine sozialistische Regierung in Europa könnte sich der Autorität eines Gremiums unterwerfen, dessen Politik durch eine antisozialistische Mehrheit bestimmt würde.

Diese generelle Haltung wird von der gesamten Arbeiterklasse Europas geteilt. Eine vom 18. bis 20. April 1950 in Rom organisierte Konferenz, auf der sämtliche nichtkommunistischen Gewerkschaften der ERP-Länder vertreten waren, verabschiedete einstimmig eine Erklärung zu den Problemen der europäischen Einheit. Dabei war man sich einig, dass die einzig akzeptable Grundlage für eine Integration der Volkswirtschaften die Verfolgung der Vollbeschäftigung und sozialen Gerechtigkeit durch sämtliche betroffenen Regierungen sei.

In der Erklärung heißt es, die Vollbeschäftigungspolitik sei sowohl als Selbstzweck als auch als unverzichtbare Voraussetzung für das Wohlergehen jedes Landes und der gesamten Staatengemeinschaft zwingend erforderlich ... Systeme wie die Europäische Zahlungsunion seien aus gewerkschaftlicher Sicht lediglich dann wünschenswert, wenn sie im Rahmen nationaler wie internationaler Vollbeschäftigungsvorhaben betrieben würden. Insbesondere wird nachdrücklich unterstrichen, dass die Liberalisierung von Handel und Zahlungen nicht zu einer Einschränkung der sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften fortschrittlicher europäischer Regierungen führen sollte.

Diese Erklärung ist von außerordentlicher Bedeutung. Keines der Ziele der europäischen Einheit lässt sich ohne aktives Mitwirken der organisierten Arbeiterschaft erreichen.

Keine sozialistische Partei mit Regierungsambitionen könnte ein System akzeptieren, das wichtige Bereiche der nationalen Politik an eine überstaatliche europäische Vertretungsbehörde abtritt, da eine solche Behörde durch eine ständige antisozialistische Mehrheit geprägt wäre und sich die europäische Arbeiterschaft zum Feind machen würde.

Eine dritte Kraft zwischen Amerika und Russland?

Viele, die nach einer umfassenden Europäischen Union rufen, sehen Westeuropa eher als potenziellen Superstaat, der die Weltgeschichte gleichberechtigt mit den USA oder der UdSSR beeinflusst und von beiden Mächten völlig unabhängig ist. Viele, die eine vollständige Union ablehnen, möchten nicht, dass ihr Land enger an Westeuropa gebunden ist als an bestimmte außereuropäische Länder. In diesem Punkt ist die Position der Labour-Partei eindeutig.

Großbritannien muss mit dem Commonwealth und den USA mindestens ebenso eng zusammenarbeiten wie mit Westeuropa. Es gibt keine Gewissheit, dass Großbritannien sich diese Freiheit bewahren würde, wenn es Bereiche seiner Regierungshoheit einer europaweiten Behörde übertragen würde. Es ist mitnichten klar, dass eine Mehrheit der Europäer die Notwendigkeit einer weltweiten Einheit anerkennt. Viele Politiker aus dem gesamten Parteienspektrum sind der Meinung, Westeuropa könne und solle sich aus einem Prozess heraushalten, den sie als Kampf um die Weltherrschaft zwischen Russland und Amerika begreifen. Einige denken so, weil ihrer Ansicht nach Neutralität profitabler ist, andere wiederum stellen sich Westeuropa als ideologische Brücke zwischen dem „kapitalistischen Amerika“ und dem „kommunistischen Russland“ vor.

Weder könnte noch sollte Westeuropa indes den Versuch unternehmen, geografisch eine Dritte Macht darzustellen, wird doch seine wirtschaftliche Stabilität noch für geraume Zeit von einer engen Zusammenarbeit mit den USA abhängen. Zudem hat die Sowjetunion bereits wiederholt bewiesen, dass sie zu Feind oder Sklave keine Alternative anerkennt – Neutralität ist für sie keine mögliche Wahl. Letztlich würde Westeuropa als Ganzes hinsichtlich seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik sich rechts von den USA positionieren, und nicht zwischen Amerika und Russland. Außer in Großbritannien und Skandinavien hat keine Regierung ein progressiveres innen- oder außenpolitisches Programm als die derzeitige US-Administration. Seit 1931 hat Amerika stets eine fortschrittlichere Politik verfolgt als die meisten europäischen Länder.

Das Konzept der Dritten Kraft ist dann nützlich, wenn es politische Solidarität gegen rechten wie linken Extremismus bedeutet. In dieser Hinsicht muss die Dritte Kraft für Aufklärung der Menschen in sämtlichen Regionen der Welt stehen. Im Sinne eines neutralen geographischen Blocks am westlichen Rand der eurasischen Landmasse ist es ein steriles und gefährliches Konzept. Aus diesem Grund begrüßt die Labour-Partei die Ausweitung der europäischen Planung für Frieden und Wohlstand auf die atlantische Gemeinschaft als Ganzes. Ebenso freuen wir uns auf deren weitere Ausdehnung auf das Commonwealth und Asien, bis wir schließlich die organische Einheit der gesamten nicht kommunistischen Welt erreicht haben.

Die europäische Zusammenarbeit kann nicht die Schaffung eines neutralen geografischen Blocks zum Ziel haben. Die Dritte Kraft muss ein weltweites politisches Bündnis gegen den Totalitarismus in jeglicher Erscheinungsform sein.

Mehrheitsherrschaft?

Viele Menschen sehen diese Argumentation als gerechtfertigt an, lehnen jedoch das bestehende System ab, dem zufolge selbst die Zusammenarbeit zwischen verantwortlichen Regierungen der Einstimmigkeit unterliegt. Zweifellos werden Regierungsvertreter, die auf die Erfahrung mehrerer Jahre erfolgreicher Zusammenarbeit zurückblicken können, weitaus verantwortungsbewusster agieren, als man dies von Abgesandten in ein parlamentarisches gesetzgebendes Gremium gemeinhin erwarten könnte. Aber selbst die europäischen Regierungen verstehen derzeit die Probleme der anderen hinreichend genau, um die Beschlussfassung nach der Mehrheitsregel zu rechtfertigen. Die OEEC beriet kürzlich über einen Vorschlag zur Schaffung einer Europäischen Zahlungsunion. Obgleich dieser Plan für alle europäischen Regierungen mit Ausnahme der britischen als akzeptabel gilt, hätte er fatale Folgen für die Position Großbritanniens als Währungshüter des Sterling-Raums.

Hätte die Durchführung eines solchen Vorhabens mit einer Mehrheitsentscheidung beschlossen werden können, hätte Großbritannien die Wahl gehabt zwischen der Zerschlagung eines Rahmens der Zusammenarbeit, auf den alle europäischen Länder angewiesen sind, oder aber der Zerschlagung eines multilateralen Handelssystems, auf das die halbe Welt und Großbritannien selbst angewiesen sind.

Ähnliche Zwangslagen würde es ständig geben, wenn die europäische Einheit mittels einer überstaatlichen Behörde angestrebt würde. Weitaus besser ist es, diese Einheit wie gegenwärtig auf dem Wege der Zusammenarbeit von Regierungen im gegenseitigen Einvernehmen zu verfolgen. Ohnehin dürfen die mit dieser Methode möglichen reellen Fortschritte nicht unterschätzt werden. Auf der Grundlage dieses Prinzips hatten die *Combined Boards* in Washington einen Hauptanteil daran, dass der letzte Krieg gewonnen wurde. Die Erfahrungen der Zusammenarbeit lehren die Regierungen gegenseitigen Respekt, Toleranz und Vertrauen, so dass der Bedarf an Abstimmungen mit der Zeit sinkt. Entscheidungen werden einfacher aus der Verhandlung heraus getroffen. Wenn sie ein sicheres Vetorecht besitzt, kann eine Regierung sich Zugeständnisse leisten, zu denen sie unter Druck nie bereit wäre. Tatsächlich war Großbritannien im Zusammenhang mit der oben angesprochenen Europäischen Zahlungsunion so zu einem Kompromissvorschlag in der Lage, der dem Sterling-Raum Sicherheit bietet und dennoch dem Erfordernis einer größeren Konvertibilität der Währungen in Europa Rechnung trägt.

Es steht zu bezweifeln, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt irgendeine europäische Regierung sich einer Mehrheitsentscheidung beugen würde, die ihrer festen Überzeugung in einer für sie lebenswichtigen Sache entgegensteht. Jeglicher Versuch zur Einführung einer Mehrheitsabstimmung würde die bereits geschaffene Atmosphäre des Vertrauens zerstören und uralte Gefühle von Neid und Misstrauen wieder aufleben lassen. Die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen muss sich auf gegenseitiges Einvernehmen gründen.

Die Völker müssen gefragt werden

Alle bisher erörterten Formen der Union ziehen eine Machtverlagerung von den Völkern der europäischen Staaten zu einer neuen Körperschaft nach sich. Voraussetzung dafür wäre eine umfassende Verfassungsänderung in jedem Land. Ein derartiger Wandel kann nur erfolgen, wenn von den Völkern aller Länder nach reiflicher Diskussion, bei der alle Folgen des Umbruchs in vollem Umfang auf den Tisch gelegt werden, so beschlossen. Deshalb ist es die Pflicht jeder Gruppierung, die diesen Wandel wünscht, zunächst

die Bürger des eigenen Landes von ihren Ansichten zu überzeugen. Insbesondere ist jede politische Partei, die den Wandel unterstützt, ganz klar verpflichtet, ihn zu einem zentralen Gegenstand ihres Wahlprogramms zu machen.

Es sind bereits gefährliche Missverständnisse entstanden. In Regionen, in denen bestimmte Allgemeinplätze an Popularität gewinnen, haben prominente Politiker ihre Aufgeschlossenheit für neue Verfassungsformen bereits vage zum Ausdruck gebracht. Dieselben Politiker jedoch haben es bisher augenfällig versäumt, ihre Vorschläge der eigenen Wählerschaft vorzutragen, damit diese sich ein Urteil bilden kann. So ließen sich führende Mitglieder der britischen Konservativen Partei im August 1949 in Straßburg für die generöse Kühnheit ihrer Vorschläge zum Abbau der Wirtschaftsschranken zwischen Großbritannien und Westeuropa feiern. Im Wahlmanifest der Konservativen Partei vom Januar 1950 mit dem Titel „*This is the Road*“ findet sich indes nur ein einziger Verweis auf die britisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen, der da lautet, der britische Gartenbau müsse vor destruktiven Importen geschützt werden.

Keine britische Regierung hat zur Wahrung der Interessen des britischen Gartenbaus, bzw. der britischen Landwirtschaft insgesamt mehr getan als die Labour-Regierung in den vergangenen fünf Jahren. Diese Politik werden wir auch fortführen – allerdings betrachten wir sie nicht als die Gesamtheit unseres Beitrags zur europäischen Wirtschaftseinheit.

Verfassungsänderungen, die die demokratische Handlungsvollmacht der souveränen Völker Westeuropas einschränken oder transformieren würden, müssen zunächst diesen Völkern zur Beurteilung vorgelegt werden. Kein Politiker hat das Recht, derartige Änderungen zu unterstützen, wenn er nicht die Aufrichtigkeit und Courage besitzt, sie dem Urteil seiner eigenen Wählerschaft zu unterbreiten.

Der weitere Weg

Im Grunde können Versuche, unwilligen Völkern eine Zusammenarbeit aufzuzwingen, indem ihnen starre konstitutionelle Fesseln angelegt werden, die Entwicklung gegenseitigen Vertrauens nur behindern. Befürworter solcher Methoden zählen unweigerlich zu den gefährlichsten Feinden der europäischen Einheit. Neue Verfassungsformen kann es nur nach der Entstehung einer echten europäischen Gemeinschaft geben, nicht davor. Die Hauptverantwortung der Pflege dieses noch zarten Pflänzchens muss bei den Regierungen liegen, die den europäischen Völkern demokratisch verantwortlich sind.

Die Einheit kann sich am besten auf der Basis einer erfolgreichen Lösung von Problemen entwickeln, die für alle von dringendem gemeinsamem Interesse sind. Zurzeit stehen genügend derartige Probleme an, die den in Europa vorhandenen Ressourcen an Fachkompetenz und Know-how das Äußerste abverlangen. Auch gibt es keinen Mangel an Organisationen, die sich mit diesen Problemen befassen.

Die militärische Zusammenarbeit wird von den Organisationen des Nordatlantikvertrags und des Brüsseler Pakts gewährleistet. Es gibt die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), die die Bemühungen Westeuropas um die Überbrückung der Kluft zum Dollar koordiniert. Sowohl die OEEC als auch die Organe des Atlantischen Bündnisses befassen sich damit, die USA in die Lösung der wichtigsten Probleme Europas einzubeziehen. Zudem gibt es kaum eine europäische Organisation, die sich nicht in der einen oder anderen Form mit der Deutschland-Frage auseinandersetzt.

Wo Fortschritte die Erwartungen enttäuscht haben, liegt die Ursache nicht im Unvermögen der bestehenden Institutionen. Vielmehr liegt sie in realen Interessenkonflikten, die sich nicht einfach ignorieren oder unterdrücken lassen, sondern die es mit Geduld, auf dem Weg gegenseitiger, freiwillig herbeigeführter Annäherungen zu überwinden gilt.

Das Problem der Grundindustrien

Bisher hat es beispielsweise die OEEC ganz klar versäumt, wirkliche Fortschritte im Hinblick auf ein koordiniertes Handeln der europäischen Schlüsselindustrien zu erzielen. Das ist nicht auf mangelnden Studienfleiß zurückzuführen: Den Regierungen liegen schon seit geraumer Zeit Berichte vor, in denen die Probleme umfassend und in all ihrer Komplexität dargestellt sind. Es gibt jedoch kein Feld der

Zusammenarbeit, das heiklere und dennoch lebenswichtigere Fragen aufwirft, berührt es doch fundamentalste Kontroversen im Hinblick auf nationale Interessen und politische Doktrin.

Seit die sozialistischen Parteien Europas im März 1948 erstmals ihre Unterstützung für das Europäische Wiederaufbauprogramm zusicherten, haben sie wiederholt und mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer Koordinierung der europäischen Grundstoffindustrien hingewiesen. Fortwährende Studien haben zu der Überzeugung geführt, dass der Schlüssel zur wirtschaftlichen Einheit die internationale Planung der Eisen- und Stahlindustrie ist. Diese Planung wird jedoch im besten Falle nutzlos, wahrscheinlich aber noch schlimmer als das sein, wenn sie wie die Kartelle der Vergangenheit ausschließlich von der Jagd nach privatem Profit inspiriert ist. Jede Planung muss sich vom Gemeinwohle der europäischen Völker leiten lassen, was nur gewährleistet werden kann, wenn die Organisation des Prozesses schlussendlich auch in der Hand dieser Völker liegt. Alle in die europäische Planung einbezogenen Industrien sollten deshalb der staatlichen Kontrolle im jeweiligen Land unterliegen. Anderenfalls würde eine Regierung, die im Rahmen einer internationalen Organisation bestimmte Pflichten übernommen hat, keine Mittel besitzen, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Insbesondere müssen die Völker in der Lage sein, über die Investitionsstrategien der Grundstoffindustrien zu entscheiden. Gemeinsame Planung ist bedeutungslos, solange die Unternehmen jedes Landes ihre Investitionsprogramme nicht mit dem europaweiten Plan abstimmen müssen. Die Labour-Partei ist überzeugt, dass allein Staatseigentum dieser Forderung Genüge leisten kann. Steuerung ohne Eigentum kann nur für negative Zwecke ein wirksames Mittel sein. So kann eine Regierung ohne Besitzrechte die Investitionsfreiheit in privaten Branchen einschränken, wenn diese Investitionen dem öffentlichen Interesse zuwider laufen. Hingegen steht der Beweis noch aus, dass eine Regierung einen Privatkapitalisten zwingen kann, in eine Branche Geld zu investieren, wenn ihm die Profiterwartungen nicht attraktiv genug erscheinen. Doch wird eben dies im Interesse der gesamten Gemeinschaft oft erforderlich sein, vor allem in den Schlüsselindustrien.

Der Schlüssel für Vollbeschäftigung und Stabilität in jedem Land liegt in den Grundstoffindustrien von Eisen und Stahl. Ist der Welthandel irgendwann von Rezession bedroht, kommt es entscheidend darauf an, die Investitionen in diesen Branchen aufrecht zu erhalten und womöglich noch zu erhöhen. Für Privatkapitalisten, die um ihren Profit besorgt sind, wäre es jedoch genau der Zeitpunkt, die Produktion zu drosseln.

Zweifellos befürchten die europäischen Unternehmer gerade jetzt die Überproduktion, weshalb sie versuchen werden, die Kartelle vergangener Zeiten wiederherzustellen. Sie werden versuchen, die Schuman-Vorschläge für ihre eigenen egoistischen und monopolistischen Zwecke zu pervertieren. Eine konzertierte Verdrehung dieser Art wäre weitaus schlimmer als unser derzeitiger, unkoordinierter Wettbewerb. Die europäischen Völker müssen auf der Hut sein. Sie haben nur dann einen Nutzen, wenn sich ihre Schlüsselindustrien an Wachstumsplänen ausrichten, die den realen Bedürfnissen Europas und der übrigen Welt Rechnung tragen und dabei Vollbeschäftigung und Stabilität unterstützen. Die europäische Stahlproduktion zu drosseln, während Afrika und Asien laut nach Maschinen rufen, ist nicht weniger töricht, als in Brasilien Kaffee zu verbrennen.

Genauso wichtig ist es, die Gewerkschaften aufs Engste in die Planung der europäischen Grundstoffindustrien einzubinden. Nur sie allein können garantieren, dass das Lohnniveau sich nicht an den am wenigsten progressiven Unternehmen im Plan orientiert. Die Gewerkschaften können dafür sorgen, dass die Planung der Schlüsselindustrien ein Instrument zur Verbesserung der Arbeitsgesetzgebung in ganz Europa wird.

Bis zu Schumans historischem Vorschlag zur Zusammenlegung der Stahl- und Kohleressourcen Frankreichs, Deutschlands und des Saarlands unter Aufsicht einer einzigen, von den Regierungen dieser Länder eingesetzten Behörde, machte die fehlende Bereitschaft vieler Regierungen, ihre eigenen Schlüsselindustrien zu kontrollieren, eine europäische Planung der Kohle- und Stahlwirtschaft offensichtlich unmöglich. Nunmehr existiert die Gelegenheit, die riesigste Lücke in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas zu schließen.

Es ist die Pflicht aller, denen die europäische Einheit am Herzen liegt, dafür Sorge zu tragen, dass die Schuman-Vorschläge entsprechend den Interessen der Völker als Ganzem ausgestaltet werden. Die entscheidende Rolle bei der Koordinierung der Grundstoffindustrien Europas muss den Regierungen als Treuhändern ihrer Völker zukommen.

Der Europarat

Nahezu alle dringenden Probleme, die wie die Planung der europäischen Schlüsselindustrie ein gemeinsames Handeln erfordern, sind in erster Linie Regierungsaufgaben. Bei der Gründung des Europarates im vergangenen Jahr äußerten die Regierungen den Wunsch, das Ministerkomitee möge streng darauf achten, die Aussprachen in der Beratenden Versammlung nicht ausschweifen zu lassen. Schon bald erwies sich diese strenge Kontrolle als unmöglich. Auf der ersten Tagung der Beratenden Versammlung wurden mit Ausnahme der Verteidigung nahezu alle Aspekte der europäischen Zusammenarbeit erörtert, wobei die Verteidigung notwendigerweise ausgeklammert werden musste, da sich einige Länder im Europarat an einer militärischen Zusammenarbeit in Europa nicht beteiligen wollen. Viele Abgeordnete der Beratenden Versammlung machten keinen Hehl aus ihrem Wunsch, dass die Versammlung die Aufgaben der zwischenstaatlichen Organisationen übernehmen solle. In Wirklichkeit hatten sie sogar die Vorstellung, die Versammlung würde sich zu einem europäischen Parlament mit legislativen Befugnissen entwickeln – zumindest in einigen Bereichen.

Inzwischen ist es zwischen dem Ministerkomitee, dessen Mitglieder für die Arbeit der zwischenstaatlichen Organisationen zuständig sind, und einigen Mitgliedern der Beratenden Versammlung, deren Ansicht nach die Versammlung die Arbeit der zwischenstaatlichen Organisationen überwachen und letztendlich deren Funktionen ganz übernehmen sollte, bereits zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Wenn in dieser Sache nicht eine eindeutige Entscheidung getroffen und von beiden Streitparteien ehrlich akzeptiert wird, könnte sich der Europarat bald durch sinnloses Gerangel um Zuständigkeitsfragen schon in Kürze selbst diskreditieren.

Derzeit ist die Versammlung nicht in der Lage, Gesetzgebungsbefugnisse auszuüben. Ihre Mitglieder tagen als eigenständige Personen, nicht als offizielle Vertreter von Ländern oder gar Parteien. Da die meisten Länder Abstand davon genommen haben, Minister in die Versammlung zu entsenden, werden die Standpunkte der europäischen Regierungen zumeist nicht angemessen vorgetragen. Tatsächlich hat sich die Versammlung eher zu einer Art inoffizieller Opposition gegen alle europäischen Regierungen entwickelt. Sollte den Abgeordneten legislative Macht übertragen werden, müsste es ein System der Abgeordnetenwahl geben, damit sie die Bevölkerung ihres Landes auch wirklich repräsentieren.

Aus den dargelegten Gründen ist die Labour-Partei nicht für die Schaffung eines europäischen Parlaments mit Legislativgewalt. Sie würde folglich jeden Versuch ablehnen, der Beratenden Versammlung einen derartigen Status zu verleihen. Die Beratende Versammlung sollte ein Beratungsgremium bleiben. Zudem sind wir der Ansicht, dass die Versammlung in ihrer derzeitigen Form ideal aufgestellt ist, um sich eines der Hauptprobleme der europäischen Einheit anzunehmen, mit dem sich zwischenstaatliche Organisationen schwer tun.

Eine Bedrohung für die Demokratie

Die bereits erwähnte Konferenz der Europäischen Gewerkschaften in Rom unterstrich in ihrer Erklärung, dass die Einheit von so hoher Bedeutung sei, dass man auch Risiken eingehen müsse; dennoch dürfe eines nicht übersehen werden: Nur wenn eine bestimmte Politik – die volle Nutzung der verfügbaren Ressourcen und eine gerechtere Verteilung der Nationaleinkommen – von Anfang an betrieben wird, wird die Einheit auf festen Füßen stehen; sonst würde sie auf lange Sicht durch politische und soziale Instabilität untergraben.

In dieser Aussage liegt eine tiefe Wahrheit. Die Völker Europas können nicht über die nationalen Grenzen hinweg vereint werden, wenn die Völker selbst durch Klassenkriege tief gespalten sind.

Darüber hinaus beruht die intellektuelle Gemeinsamkeit, die der europäischen Zusammenarbeit zugrunde

liegt, auf dem festen Glauben an die Überlegenheit der parlamentarischen Demokratie über andere Regierungsformen. Aufgrund dieser Überzeugung muss Spanien so lange von der europäischen Gemeinschaft ausgeschlossen bleiben, wie das Franco-Regime an der Macht bleibt. Gegenwärtig wird diese Überzeugung jedoch in einigen der größten bereits im Europarat vertretenen Ländern von weiten, sowohl der Rechten als auch der Linken zuzuordnenden Teilen der Bevölkerung in Frage gestellt. Der Faschismus feiert bereits wieder fröhliche Urständ, zumindest in Deutschland und Italien. Der Kommunismus schwört Millionen von Arbeitern und Bauern in Italien und Frankreich auf Treue ein. Solange es nicht gelingt, diese wichtigen Gruppen zum Glauben an die demokratische Freiheit zu bekehren, könnte die europäische Einheit bereits an den Wurzeln faulen.

Zu den Hauptursachen für die Schwäche der Demokratie in einigen Teilen Europas gehört das Unvermögen der Demokratie in eben diesen Ländern, für Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität zu sorgen. Nunmehr, da alle Völker Europas ein gemeinsames Interesse an gegenseitiger politischer Gesundheit haben, ist dies zum Hauptproblem für die europäische Einheit geworden.

Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit

Dieses Problem kann nur schwer in einer zwischenstaatlichen Organisation auf die Tagesordnung gebracht werden, ohne den Eindruck zu vermitteln, als kritisiere eine Regierung die andere in Bezug auf die Handhabung ihrer eigenen, inneren Angelegenheiten. Die Beratende Versammlung ist jedoch ideal geeignet, dieses Dilemma zu umgehen, da ihre Mitglieder als Einzelpersonen beraten und die Versammlung sich bereits dazu bekannt hat, sich des Problems anzunehmen.

Im ersten Absatz der Empfehlung der Versammlung an das Ministerkomitee zur Rolle des Europarates im Bereich der Wirtschaft verpflichtet sich die Versammlung, eine Politik der Vollbeschäftigung und der Erhöhung des Lebensstandards zu fördern.

In der Empfehlung zur Sozialen Sicherheit bringt die Versammlung ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass eines der besten Mittel zur Wahrung des Friedens in Europa für alle Nationen darin bestehe, unermüdlich danach zu streben, die lebenswichtigen Bedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen ... Soziale Sicherheit sei eine der wirksamsten Schutzmaßnahmen demokratischer Institutionen gegen die stete Gefahr einer totalitären Diktatur.

Die Empfehlung der Versammlung zu den Menschenrechten fordert alle Mitgliedstaaten auf, ihren Völkern die tatsächliche Ausübung der in der von der UN-Generalversammlung verabschiedeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verbrieften Rechte zu garantieren. In Artikel 25 dieser Allgemeinen Erklärung heißt es: „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“

Darüber hinaus sind alle Mitglieder der Vereinten Nationen gemäß Artikel 55 der Charta ausdrücklich verpflichtet, „die Verbesserung des Lebensstandards, die Vollbeschäftigung und die Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Aufstieg“ zu fördern.

Wie Keir Hardie zu sagen pflegte, ist das Recht auf Arbeit ein weitaus fundamentaleres Recht als der Anspruch auf Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. Massenarbeitslosigkeit kann nicht mehr als Heimsuchung des Schicksals abgetan werden – sie ist die Folge menschlichen Unvermögens, Mittel anzuwenden, die längst allgemein bekannt sind. Jede Regierung kann wählen, ob sie ihre eigene Wirtschaftspolitik auf dem Prinzip der Sicherung von Vollbeschäftigung begründet oder nicht, und kann dabei Erfolg haben, solange keine äußeren Faktoren stören. Wenn aber alle Regierungen gemeinsam entschlossen sind, die Vollbeschäftigung zu sichern, ist der Erfolg garantiert.

Obwohl jedes Land im Europarat in der Pflicht steht, Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit

anzustreben, offenbart schon ein flüchtiger Blick auf die gegenwärtige Situation schreiende Versäumnisse bei der Pflichterfüllung. Die Versammlung könnte keine nützlichere Aufgabe wahrnehmen, als Mittel und Wege zu ersinnen, um die Erfüllung dieser Pflichten umfänglicher zu sichern. Und wenn es der Versammlung nicht gelingt, diese Aufgabe wahrzunehmen, ließe sich nur schwer eine andere Organisation vorstellen, die dazu in der Lage wäre.

Mittel und Wege

Die Versammlung kann selbstverständlich keine Gesetze erlassen, die die Mitgliedstaaten binden würden. Sie kann lediglich Empfehlungen geben, die selbst dann, wenn sie vom Ministerkomitee angenommen werden, noch der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente bedürfen. Allerdings gibt es auf diesem Gebiet einen wertvollen Präzedenzfall.

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) kann auf eine über 30-jährige Erfolgsbilanz zurückblicken, wie sie keine andere internationale Organisation vorzuweisen hat. Ihren Erfolg verdankt die IAO hauptsächlich der Tatsache, dass keine Regierung es wagen würde, ihr allgemeines Ziel, die Verbesserung der Lebensumstände der Arbeiter, in Frage zu stellen. Durch die Festlegung von Maßstäben für die Arbeitsgesetzgebung, die sich an der in den fortschrittlicheren Ländern üblichen Praxis orientieren, hat sie für eine stete Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der ganzen Welt gesorgt. Dabei sie keine Gesetzgebungsbefugnis. Ihre Taktik hat bisher darin bestanden, Übereinkommen zu verfassen, die jede Regierung ratifizieren oder ablehnen konnte. Dank ihrer stets wachsenden moralischen Autorität sind der IAO unzählige Siege über mangelnde Bereitschaft oder Obstruktion von offizieller Seite gelungen.

Möglicherweise könnte der Europarat ähnlich vorgehen, um die Maßstäbe für Beschäftigungspolitik und soziale Gerechtigkeit in seinen Mitgliedstaaten anzuheben. Der Beratenden Versammlung sollte es obliegen, entsprechende Aktionslinien vorzuschlagen. Das Ministerkomitee könnte dann bei Zustimmung zu diesen Empfehlungen internationale Übereinkünfte oder multilaterale Verträge verfassen, die von den einzelnen Regierungen zu ratifizieren wären.

Sollte sich die Beratende Versammlung entschließen, einschlägige Ausschüsse einzusetzen, wäre es klug, die europäischen Gewerkschafter zur Zusammenarbeit aufzufordern – schließlich war ein weiterer Grund für den Erfolg der IAO die umfassende Beteiligung der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen. Es wäre sogar gut denkbar, dass die Versammlung im Hinblick auf relevante Aspekte des generellen Problems die direkte Zusammenarbeit mit der IAO sucht.

Eines der dringend anstehenden Themen ist der kürzlich erschienene Bericht über Nationale und Internationale Maßnahmen zur Vollbeschäftigung, erstellt von einer vom Generalsekretär der Vereinten Nationen eingesetzten Expertengruppe. Dieser Epoche machende Bericht hat bisher viel zu wenig Aufmerksamkeit seitens der Regierungen und der öffentlichen Meinung überhaupt erfahren. Die Beratende Versammlung sollte überlegen, ob sich die in dem Bericht angeregten Maßnahmen für die Anwendung in der regionalen Gemeinschaft Westeuropas anpassen lassen.

Mit eindeutigen und realistischen Empfehlungen auf diesen Feldern kann die Versammlung der Sache der europäischen Einheit einen doppelten Dienst erweisen. Sie wird damit die begeisterte Unterstützung seitens der europäischen Arbeiter in einer Weise entfachen, wie dies anderen Organisationen bisher nicht gelungen ist. Einige noch existierende Schranken für die wirtschaftliche Zusammenarbeit würden an Bedeutung verlieren, wenn die Arbeiter spürten, dass die Unterstützung der europäischen Einheit wirtschaftlich ganz in ihrem Interesse ist.

Zum Zweiten wird die Versammlung durch Konzentration auf diese Probleme das größte aller Hindernisse für die europäische Einheit in Angriff nehmen: die von Land zu Land unterschiedlichen sozialen Standards. Viele der Argumente gegen eine umfassende Union Westeuropas würden an Gewicht verlieren, wenn sich die Verhältnisse in den einzelnen Ländern stärker glichen.

Wenn es der Versammlung gelingt, die Maßstäbe für Beschäftigungspolitik und soziale Gerechtigkeit anzuheben, packt sie die Ursache für Europas Schwäche und Teilung an der Wurzel. Faschismus und

Kommunismus werden damit an Anziehungskraft einbüßen. Die Einheitsbewegung wird die volle Unterstützung der Arbeiterschaft erfahren. Mit der weiteren Angleichung der sozialen Standards wird ein Haupthindernis für die Union verschwinden.

Die Versammlung ist gefordert

Auf ihrer Zweiten Tagung steht die Versammlung vor einer Entscheidung, die ihre gesamte Zukunft prägen könnte. Sie kann weiter mit Vorhaben von Verfassungskonstrukten jonglieren, die zu nichts als fruchtlosen und erschöpfenden Rängeleien mit dem Ministerkomitee führen; oder sie kann ein für das Überleben Europas entscheidendes Problem anpacken. Wählt sie den ersten Kurs, wird sie nicht nur sich selbst, sondern auch die gesamte Bewegung für die europäische Einheit in Misskredit bringen. Entscheidet sie sich für den zweiten Weg, wird ihr das leidenschaftliche Wohlwollen aller freiheitsliebenden Menschen nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt gewiss sein. Jene Völker, deren Gesundheit durch die Infektion des Totalitarismus schwer angeschlagen ist, werden frischen Mut aus der Unterstützung schöpfen, die ihnen die Versammlung in ihrem Kampf geben kann.

Wir, die britische Labour-Partei, sind der festen Überzeugung, dass der Kampf für Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit gewonnen werden muss, wenn die Demokratie als solche nicht untergehen soll. Geschlagen werden muss dieser Kampf nunmehr auf den Feldern und in den Fabriken Westeuropas.